

Jörg Becker

Festvortrag zum zehnjährigen Bestehen des Instituts für Medienverantwortung (IMV) am 11. Dezember 2015 im Haus der Demokratie in Berlin

Das Institut für Medienverantwortung unter Leitung von Sabine Schiffer, kurz IMV, existiert nun seit zehn Jahren! Dazu spreche ich Ihnen allen meinen allerherzlichsten Glückwunsch aus und bedanke mich gleichzeitig dafür, dass ich zu diesem Vortrag eingeladen wurde.

Für eine private, für eine stets unterfinanzierte, für eine ehrenamtliche, für eine widerborstige, doch zugleich für eine charmante kleine Institution ist das bereits eine sehr lange Zeit.

Im Gegensatz zum kleinen Institut für Medienverantwortung existiert das große deutsche Vorzeigeunternehmen Siemens nun seit rund 170 Jahren, doch wurde es erst in den letzten zwanzig, dreißig Jahren durch viele Korruptionsfälle gebeutelt. Sieht man mal mit dem Schriftsteller F. C. Delius von der Kooperation zwischen Siemens und den Nazis ab, die er 1972 in einer satirischen Festschrift aufgespießt hatte, dann ist das für Siemens langfristig immer noch eine gute Bilanz. Im Vergleich dazu ist es ein guter Beitrag zur alten deutschen Leitkultur, dass das IMV während seiner zehnjährigen Existenz noch überhaupt nicht korrupt war. Und gemessen an Siemens hätten wir dann für das IMV auch noch gute 150 Jahre Wartezeit.

Doch auf das Thema Korruption komme ich später noch zurück.

Zusammen mit vielen evangelischen und katholischen Akademien oder dem Hamburger Institut für Sozialforschung steht auch das IMV in der achtbaren Tradition von ehrenamtlichen Kräften und von einer Zivilgesellschaft im politisch-radikalen Sinne eines Gramsci, das die Verkrustung und Einbetonierung von Denken in sozialpartnerschaftlich ausgewogene Großinstitutionen nicht mehr ertragen kann. In diesen Institutionen, sei es amtlich bezahlte Friedensforschung, sei es der sozialdemokratisch gewendete Feminismus, der zu einer lahmen Genderforschung mutierte, sei es die Verwechslung von Sozialwissenschaft mit Regierungsberatung oder die Substitution von persönlichem Datenschutz durch innen- und kontrollpolitisch gewollte Datensicherheit: Nirgendwo mehr gibt es hier noch Innovation, Kreativität, Konflikt oder Kritik.

Und wer durch das bittere Tal der Kritik nicht hindurch gehen will, der bleibt bestenfalls im Mittelmaß stecken. Und genau da steht unsere sogenannte politische Elite gegenwärtig: Sie verschenkt sinn- und nutzlos Potentiale, verharrt im Weiterwurschteln, steckt den Kopf in den Sand, gibt sich mit Wahlbeteiligungen von rund 50 Prozent zufrieden und schwafelt wie Bundespräsident Gauck von einem Mehr an Verantwortung, meint aber eigentlich einen neuen Panthersprung in den Nahen Osten, meint letzten Endes also Krieg.

Und wie man übrigens bei Siemens gut sehen kann, hängen Staatsnähe, Korruption und Innovationsmangel wahrscheinlich zusammen. Siemens genoss jahrzehntelang den offiziellen Status einer Amtsbaufirma – Stamokap lässt grüßen! – verschlief genau deswegen komplett die Innovationen im Handy-Boom und muss sich zur Zeit mal wieder vor einem Gericht wegen Korruptionsvorwürfen verantworten, dieses mal in Athen. Selbstverständlich war

Siemens seit 1998 Mitglied von Transparency International-Deutschland, trennte sich aber von dieser Initiative wegen Korruptionsverdacht in 34 Fällen.

Das IMV stellt sich seit seiner Gründung vor zehn Jahren all diesem quer. Und das ist gut so! Gegen große Konzerne und gegen große Institute steht das kleine IMV für streitbare, streitfähige und streitlustige Demokratie und eine konfliktfähige Öffentlichkeit, für gesellschaftlichen Wandel durch Transparenz und Kritik, für Fortschritt als demokratische Teilhabe für jedermann/jedermann an Freiheit und Gerechtigkeit, für ein Bekenntnis zu einer Kultur von Vielfalt und Minderheitenschutz und zu einem friedlichen Mit- oder Nebeneinander. Das IMV als letztes kleines und von „unbeugsamen Galliern bevölkertes Dorf“ gegen das gesamte von Römern besetzte Gallien?

Was genau und konkret tat und was tut das IMV:

Grundsätzlich will das IMV wissenschaftliche Erkenntnisse aus den Bereichen Kommunikationswissenschaft, Medienpolitik, -recht, -pädagogik und Journalismus in die öffentliche Debatte einbringen und gleichzeitig Medienbildung sowohl für Macher als auch für Nutzer anbieten.

Wer sich auf der homepage des IMV unter dem Stichwort „Projektbeispiele“ die Ideen, Informationen, Tätigkeitsfelder, Seminarreihen, Broschüren- und Buchtitel anguckt, ist verblüfft und positiv erstaunt über die bunte Vielfalt von Aktivitäten. Ich zähle einfach einige auf: jährliche Woche der Transparenz in der 20. Kalenderwoche, Ausstellungen, Angebote für die Lehrerfortbildung zusammen mit der GEW, Seminare für Journalistenfortbildung zusammen mit Antidiskriminierungsstellen oder zahlreiche Vorträge und Gutachten.

Auch die thematische Breite der Arbeiten des IMV ist erstaunlich groß: Feindbilder, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Propaganda, Public Relations und Lobbying, Ukraine- und Kosovo-Berichterstattung, Alphajournalisten, Medienfreiheit, Internet, Computerindustrie, journalistische Recherchemethoden oder Medienkompetenz.

Organisatorisch und finanziell ist das IMV ein soziales Netzwerk mit zwei festen Kernen an zwei Orten. Da gibt es zum einen am Gründungsort Erlangen seit 2007 eine feste Büroadresse und da gibt es zweitens seit 2013 eine kleine Büروفiziale in Berlin. Da gibt es weiterhin mit Sabine Schiffer und Silke Pieper ein festes Team und da gibt es außerdem eine große Gruppe ständiger freier Mitarbeiter.

Dass es rund um das IMV und Sabine Schiffer auch eine Reihe handfester Konflikte gab, dass es sogar juristische Auseinandersetzungen gab, kann und darf nicht wundern. Wer sich für die zwanziger Jahre des letzten Jahrhunderts streitbare Geister aus dem radikaldemokratischen Lager wie Kurt Tucholsky, Karl Kraus, Ernst Friedrich, Erich Mühsam oder Carl von Ossietzky in Erinnerung ruft, der weiß nur allzu gut, dass sie damals alle von der Justiz verfolgt wurden. Falls sie die Kraft dazu hat, kann Sabine Schiffer stolz darauf sein, dass die auf dem rechten Auge notorisch blinde deutsche Justiz auch sie im Visier hatte. In unserer Republik, in der ein NS-Mitläufer wie Ludwig Erhard Intellektuelle „Pinscher“ nennen durfte und in der ein ehemaliger IHK-Präsident wie Hans-Peter Stihl Sozial- und Geisteswissenschaftler wie Sabine Schiffer verächtlich als „Schwätz-Wissenschaftler“ abkanzeln konnte, da trotteln große Forschungsinstitutionen einfach mit dem mainstream mit. Sie machen sich gemein. Sie kriegen zwar keinen Prozess an den Hals, aber sie sind eben auch nicht kreativ. Das Peter-Prinzip, nach dem in einer Hierarchie jeder so lange befördert

wird, bis er ganz oben seine eigene Stufe der Unfähigkeit erreicht hat, gilt für Politik und Wirtschaft gleichermaßen. So lange, wie das IMV klein und unterkomplex ist, wird es sich diesem Peter-Prinzip verweigern können.

Der letzte Aufsatz, den ich von Sabine Schiffer gelesen habe, bezieht sich u. a. auf die Auslandsberichterstattung von ARD und ZDF. Unter dem Titel „Medien in Deutschland. Über den Zustand des Medienbetriebs“ kritisiert sie, dass auch ARD und ZDF seit langem ihrer Rolle als Vierte Gewalt nicht mehr gerecht werden. Und da, wo allabendlich ein seichtes öffentlich-rechtliches Triumvirat von Günther Jauch, Helene Fischer und Joachim Gauck unsere Hirne mit dem Blick auf die Quote zukleistert, da passen der privatwirtschaftliche Bauer, der seine Frau sucht und die privatwirtschaftliche Heidi Klum mit ihren nächsten Top Models zu den Angeboten von ARD und ZDF wie die berühmte Faust auf's Auge. Gut vor allem, dass bei den Übertragungen aus dem Deutschen Bundestag die Kamera nur selten die Totale zeigt, so dass niemand mehr sehen muss, was eigentlich jeder weiß, nämlich, dass der Kaiser keine Kleider mehr anhat und nur noch splitternackt ist.

Am 24. November 2015 berichtete der WDR um 12 Uhr: „Die türkische Luftwaffe hat im Grenzgebiet zu Syrien einen russischen Kampfjet abgeschossen.“ Höchstwahrscheinlich wurde das russische Flugzeug über Syrien abgeschossen und auch der überlebende russische Pilot landete mit seinem Fallschirm nicht in der Türkei, sondern in Syrien. Warum spricht demgegenüber der WDR nicht von „Syrien“, sondern von „Grenzgebiet zu Syrien“? Zwei weitere Fragen: Wenn die türkische Angabe stimmt, dass das russische Flugzeug nur 17 Sekunden lang im türkischen Luftraum war, wie passt das Völkerrechtsprinzip der Verhältnismäßigkeit zu diesem türkischen Flugzeugabschuss, den man ja durchaus als Kriegsakt interpretieren kann? Und: Könnte es ganz einfach sein, dass die deutsche Öffentlichkeit zur Zeit einen kriegerischen Akt der Türkei deswegen nicht gebrauchen kann, weil das Merkels Flüchtlingspolitik gegenüber der Türkei stören würde?

Und weiter: Warum sprechen ARD und ZDF weiterhin davon, dass Russland Georgien im Augustkrieg 2008 bedroht habe, obwohl die von der EU beauftragte Diplomatin Heidi Tagliavini in ihrem Bericht über die Kriegsschuldfrage eindeutig und unzweifelhaft festgestellt hatte: „Die offenen Feindseligkeiten begannen mit einer großen georgischen Militäroperation gegen die Stadt Tskhinvali und Umgebung in der Nacht vom 7. auf den 8. August 2008. Diese Operation begann mit einem massiven georgischen Angriff der Artillerie.“ Warum weisen ARD und ZDF nicht darauf hin, dass der frühere georgische Präsident Michael Saakashwili als vermutlicher Kriegsverbrecher dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag überstellt werden müsste und dass sich die Ukraine vertragswidrig verhält, wenn sie Saakashwili nicht nach Den Haag ausliefert, sondern ihm sogar die ukrainische Staatsbürgerschaft gibt und ihn vor einigen Monaten obendrein zum Gouverneur des Verwaltungsbezirks Odessa im Südwesten der Ukraine ernennt.

Dass unser öffentlich-rechtlicher Rundfunk seit langem den von den Gründungsvätern und –müttern des Grundgesetzes erhofften und für den norddeutschen Bereich von Hugh Greene präzisierten Grundsätzen eines staats- und kommerzfernen Rundfunks nicht mehr entspricht, ist Kritikern, Insidern und der Wissenschaft seit langem klar. Nun gilt es endlich auch auf der links-liberalen Seite und dort besonders bei meiner Gewerkschaft Verdi zu begreifen, dass das Argument, das öffentlich-rechtliche sei aber nicht so schlimm wie das privatwirtschaftliche Fernsehen, die schlechte Programmqualität und Reformunfähigkeit des öffentlich-rechtlichen Fernsehens auf alle Ewigkeit zementiert.

In der Hoffnung auf die Kraft von guten Argumenten möchte ich Ihnen hier deswegen zehn Reformschritte für ARD und ZDF vortragen:

1. Entpolitisierung: Nur über eine parteipolitische Entpolitisierung der Rundfunkräte ist eine gewünschte Politisierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im Sinne von Aufklärung, Emanzipation, Partizipation und Demokratisierung zu erreichen.

2. Finanzkontrolle: Die Finanzkontrolle des Bundesrechnungshofes und der Landesrechnungshöfe ist für alle öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in Deutschland zu stärken und zwar so, dass die Rechnungshöfe auch direkt an die Länderparlamente berichten und dass sie auch die zahlreichen Beteiligungsgesellschaften und Gemeinschaftseinrichtungen von ARD und ZDF überprüfen dürfen.

3. Transparenz: Offenlegung von Honoraren führender Manager und Managerinnen von ARD und ZDF, Offenlegung von Honoraren von Stars der Unterhaltungsbranche, Veröffentlichung sämtlicher Sitzungsprotokolle aller Rundfunkaufsichtsgremien im Internet, Akteneinsicht in Lizenzierungsverfahren bei den Landesmedienanstalten und Veröffentlichung von Berichtsberichten aller ARD-Anstalten.

4. Werbung: Da der Anteil der Werbung an den Einnahmen von ARD und ZDF inzwischen zu einer vernachlässigenswert kleinen Größe geworden ist, sollte ein notwendig werdender selbstkritischer Lernprozess der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten damit beginnen, dass sie freiwillig und völlig auf Werbung im Programm verzichten. Allerdings darf ein solcher Verzicht nicht mit einem Wechsel zu vermehrtem Product Placement erkaufte werden, da sonst das öffentlich-rechtliche Fernsehen zu einem Marken- und Produktfernsehen verkommt.

5. Outsourcing: Outsourcing von redaktioneller und journalistischer Arbeit und von audiovisueller Produktion muss dort sofort ein Ende finden, wo Kernbereiche von Rundfunkautonomie und verfassungsrechtlich garantierter Grundversorgung essentiell tangiert werden. Verfassungsrechtlich geschützte Räume kann man nicht outsourcen!

6. Innere Pressefreiheit: Medienfreiheit als Funktionsgrundrecht bedingt auch ein entsprechendes Maß an journalistischer Freiheit. Dazu bedarf es in allen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten Redakteursstatute, die intern die journalistische Freiheit gegen hierarchischen Druck von oben und kurzfristiges Quotendenken absichern. Solche Redaktionsstatute sichern die innere Pressefreiheit von Journalisten auch gegen solche gewerkschaftlich organisierten Betriebsräte ab, denen die sogenannte Sozialpartnerpartnerschaft mit den Arbeitgebern wichtiger als die journalistische Qualität der Rundfunkmitarbeiter ist.

7. Quotierung: Programmquotierung ist ein schwieriges medienpolitisches Instrument. In Deutschland wurde sie für das Fernsehen nur von einigen, wenigen Politikern propagiert. Andere europäische Länder (Frankreich, Portugal, Niederlande, Schweden) und die EU selber (TV-Richtlinie) praktizieren dieses Instrument der Quotierung seit langem und z. Tl. mit Erfolg. Auch in Deutschland sollte diese Debatte im Hinblick auf den Programmauftrag des öffentlich-rechtlichen Fernsehens von ARD und ZDF offen gehalten werden.

8. Sozial relevante Gruppen: Die Zusammensetzung der Rundfunkaufsichtsgremien mit Vertretern sozial relevanter Gruppen ist teilweise grob anachronistisch. Beispielsweise fehlen

Vertreter und Vertreterinnen der neuen sozialen Bewegungen (Friedens- und Ökologiebewegung, Feminismus, Schwule und Lesben), der Migranten und Migrantinnen, des Islam und der Flüchtlinge. Für 2009 konnte meine frühere Studentin Marie Mualem Sultan in ihrer Diplomarbeit herausarbeiten, dass von 500 Ratsmitgliedern in den Aufsichtsgremien der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten nur 18 Mitglieder einen Migrationshintergrund haben.¹

9. Bürgerbeteiligung: Repräsentative Online-Befragungen unter allen Zuhörern und Zuschauern beiderlei Geschlechts vor der Einführung neuer technischer Dienste, Bürgerbeteiligung an der Programmkontrolle, Errichtung einer Bürgerstiftung Media Watch.

10. Zugangsrechte: Informationszugangsrechte zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk für alle sind juristisch konsequent und umfassend zu realisieren. Das gilt besonders da und dort, wo wie beim digitalen Fernsehen Zugangsrechte technisch verhindert werden.

Dass das IMV in seinem Institutsnamen das Wort „Verantwortung“ mit sich führt, ist durchaus spannend und alles andere als zufällig. In unserer bundesdeutschen Realität führte der von Elisabeth Noelle-Neumann so hart bedauerte Werteverfall ganz offensichtlich zu einer zunehmenden und ganz groben Verrohung alter bürgerlicher Anstandsnormen, aber eben nicht, wie Noelle-Neumann polemisch befürchtet hatte, auf Seiten der Linken, sondern auf Seiten der Rechten. Denkt man z. B. an die notorischen Dissertationsabschreiber, also an von Guttenberg, Jorgo Chatzimarkakis, Silvana Koch-Mehrin, Annette Schavan oder Margarita Mathiopoulos, dann waren sie alle Politiker der CDU und der FDP und keiner von ihnen war Sozialdemokrat oder Sozialist. Und denkt man an die großen Fälle von Unehrlichkeit, Korruption und Lügereien der letzten Jahre – ich erwähne hier nur Siemens, die Deutsche Bank, Ferrostaal, VW, Audi oder den BND – dann fällt wiederum auf, dass sich hier ausnahmslos Leute aus dem bürgerlichen, nicht aus dem links-liberalen Milieu, schamlos benommen haben und weiterhin benehmen.

Ich ziehe drei Schlussfolgerungen aus meinen Beobachtungen.

1. Mit dem heute fast vergessenen, aber im ausgehenden 18. Jh. doch sehr bekannten, Schriftsteller Moritz August von Thümmel mache ich darauf aufmerksam, dass man „Narren entweder zur Verantwortung ziehen oder ihnen zur Bestrafung ein kaltes Fieber an den Hals wünschen kann.“ Mit dieser schönen Gegenüberstellung von Verantwortung mit Fieber wünsche ich ARD und ZDF in aller Fröhlichkeit viel „kaltes Fieber an den Hals“!

2. In Deutschland wurden seit 1990 180 Menschen Todesopfer von rechter Gewalt. In demselben Zeitraum wurde in Deutschland kein einziger Mensch Todesopfer durch einen Islamisten. Ähnlich sehen die Zahlen für die USA aus. Seit dem 11. September 2001 wurden dort 48 Menschen Todesopfer extremistischer Gewalt. Doch die Mehrheit dieser Opfer wurde nicht durch selbst ernannte Dschihadisten getötet. Alle Zahlen machen also deutlich klar, dass Islamfeinde weitaus gefährlicher sind als Islamisten und dass Islamisten die eigentlichen Islamfeinde sind.

¹ Vgl. Sultan, Marie Mualem: Migration, Vielfalt und öffentlich-rechtlicher Rundfunk, Würzburg: Königshausen & Neumann 2011. Diese Zahlen wurden Ende 2009 erhoben. Auch wenn sich die Zahl von Ratsmitgliedern mit Migrationshintergrund seit 2009 leicht erhöht hat, bleiben zwei Sachverhalte festzuhalten. 1. Selbst wenn das Verhältnis heute 500 zu 20 liegen würde, wäre auch dieses Verhältnis grob realitätsblind. 2. Vor und nach (!) dieser Arbeit von Sultan gab und gibt es keine weitere systematische Untersuchung zu diesem Thema.

Auch wenn ein renommierter und allgemein anerkannter Historiker wie Wolfgang Benz formulieren darf: „Was früher Talmud-Hetze war, ist jetzt Koran-Hetze“, so darf das eine Islamwissenschaftlerin wie Sabine Schiffer noch lange nicht. Und genau deswegen bin ich ihr und dem IMV dankbar dafür, dass Islamfeindlichkeit in diesem Institut klar als solche analysiert und benannt wird. Islamfeindlichkeit verträgt sich nicht mit unserer Demokratie.

3. Mit meinem dritten Abschlussgedanken mache ich einen kleinen Ausflug in die Ethik. Das IMV fühlt sich einer Ethik des sozialen Engagements, einer Fürsprache für Ausgegrenzte und gesellschaftliche Minderheiten und einer Stärkung des Gemeinwohls und der öffentlichen Daseinsvorsorge verpflichtet. Das ist gut und schön so. Dieses Engagement setzt im übrigen mit Jürgen Habermas darauf, dass es so etwas wie einen herrschaftsfreien Diskurs geben könne, der eben nur auf die Kraft des guten Arguments setzt. Auch das ist völlig okey so, wenngleich wir wissen, dass dies dem Kampf gegen die berühmten Windmühlenflügel gleichkommt. Doch auch das IMV verhält sich bislang so: es vertraut höchstgeradig auf die Kraft des guten Arguments.

Ich weiß freilich seit langem nicht mehr, ob eine solche Strategie in unserer Zeit der allerhöchsten Not, einer Zeit der Verzweiflung vor den menschenfeindlichen Kräften eines Turbokapitalismus, noch ausreichend ist. Muss es in einer solchen Zeit nicht auch Ethiken jenseits von Argumenten und Vernunft geben? Eine Ethik des Widerstands, eine Ethik der Verweigerung und gar eine Ethik des Wütens und Ausrastens? Ich frage ja nur!

Und während wir den Siemens-Prozess in Athen beobachten (besser: ihn nicht beobachten, da unsere Medien kaum darüber berichten), wünsche ich dem Institut für Medienverantwortung weitere 150 Jahre korruptionsfreie und ethisch verantwortete Arbeit.